



„Samstags gehört Vati mir!“

Von Clemens Murr, Vorsitzender der BG Bereitschaftspolizei Bayern und im geschäftsführenden Bundesvorstand zuständiges Mitglied für die Bereitschaftspolizeien der Länder sowie der Bundesbereitschaftspolizei

Mit diesem Slogan prangerten republikweit Plakate des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Maitag 1956 von den Litfaßsäulen und zierten unzählige Transparente der Kundgebungsteilnehmer am Tag der Arbeit. Die Arbeitszeit – sie betrug seinerzeit durchschnittlich 47,9 Stunden in der Woche – stand auf der Tagesordnung, und die Gewerkschaften forderten die Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Bereits ein Jahr später vereinbarten die IG Metall und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall ein Abkommen zur stufenweisen Einführung der 40-Stunden-Woche, ein für andere Branchen, auch für die Beschäftigten der Polizei, bis heute wegweisendes Ergebnis.

Wir schreiben das Jahr 2015. Nach einigen Wirren auf wie ab stehen wir im Schnitt wieder oder immer noch bei einer Wochenarbeitszeit von ca. 40 Stunden. Theoretisch und auf dem Papier. Doch: Die Auftragsbücher der Polizei sind voll, übervoll!

PEGIDA, MUEGIDA, BAGIDA, HOGESA, der Fantasie derzeitiger Montageeinsätze seien keine Grenzen gesetzt. Leipzig, Berlin oder doch Dresden, Nürnberg oder zur Abwechslung wieder München? Und Fußball wird auch wieder gespielt, jeden Samstag, von Aschaffenburg bis Burghausen! Faschingsumzüge gefällig? Nicht zu vergessen die sprunghaft gestiegenen und anhaltenden Flüchtlingsströme, die Volksfestzeit kommt sicherlich auch wieder und G7, wir sind dabei!

In einem vor Kurzem geführten Meinungsaustausch zwischen Vertretern der Unterstützungskommandos der Bereitschaftspolizei mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses, Dr. Florian Herrmann, brachte es ein Kollege auf den Punkt: „Die ein-



zige planbare freie Zeit ist der Urlaub!“ Ein ausgefülltes Sozial- und Familienleben ist derzeit nahezu unmöglich, zumindest im Bereich der geschlossenen Einheiten des Freistaates.

Neben jungen Kolleginnen und Kollegen mit ihren sozialen Bindungen und Verpflichtungen haben wir auch unzählige Väter und Mütter in unseren Reihen. „Samstags gehören Vati oder Mutti mir?“ – für die Kinder unserer Kolleginnen und Kollegen in diesem „Status“ derzeit eher die absolute Ausnahme!

Worin liegt die Lösung? Darauf kann es nur eine Antwort geben: In einer Zeit, in der Einsätze bis ans Maß des Erträglichen gehen, in der neue Aufgaben in einer Vielzahl und Vielfalt hinzugekommen sind und in Anbetracht des Bevölkerungszuwachses ist eine deutliche Aufstockung des Personals unerlässlich.

„Verstärkung für Bayerns Polizei: 100 neue Stellen für Polizei und Verfassungsschutz nach den Terroranschlägen in Paris“ (BR online vom

13. 1. 2015). Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber bedarf es immer erst Anschlägen oder ähnlicher Ereignisse, um auf die personellen Defizite aufmerksam zu machen?

10 000 neue Polizisten in zehn Jahren, so formuliert Innenminister Herrmann die „Werbeoffensive 2020 für die Bayerische Polizei“. Auch dieses Vorhaben ist löblich, ist aber der GdP deutlich zu wenig, und selbst der Landespolizeipräsident hält einen Einstellungskorridor von jährlich 2000 für die bayerische Polizei für wünschenswert, um nicht nur Pensionsabgänger zu ersetzen, sondern dringend benötigte Personalaufstockungen zu gewährleisten. Die demografische Entwicklung ist bekanntermaßen dramatisch und es bedarf schon zusätzlicher und deutlicher Anreize, um junge Menschen auch in Zukunft für den Beruf des Polizisten begeistern zu können. Eine spannende und anspruchsvolle Aufgabe gleichermaßen, die sicherlich nicht ohne erhebliche finanzielle Mittel gelöst werden kann. Aber Sicherheit gibt es niemals zum Nulltarif!

Die GdP wird diesen Prozess genau analysieren und konstruktiv begleiten in der Hoffnung, in absehbarer Zeit wieder zu hören:

„Samstags gehören Mutti und Vati wieder mir!“

Es grüßt Euch Euer

Clemens Murr



GdP im Gespräch mit CSU-Spitze

GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr und seine Stellvertreter Peter Schall und Karin Peintinger waren Ende Januar zu Gesprächen mit der CSU-Landtagsfraktion eingeladen, um auf aktuelle Probleme innerhalb der Bayerischen Polizei hinzuweisen und um Unterstützung für diverse GdP-Positionen zu werben. Das Vorstandsmitglied Wolfgang Ligotzky und Landesredakteur Tom Bentele begleiteten sie. Zunächst fand ein Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer statt, bei dem auch einige der führenden CSU-Innenpolitiker anwesend waren. Die Tarifvorsitzende Karin Peintinger mahnte die katastrophale Situation bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, vor allem hinsichtlich fehlender Stellenhebungen, an. Sie wies auf um-

fangreiche Stellenhebungsanträge der GdP hin, die allen Fraktionen zugegangen seien (s. a. Artikel auf S. 3).

Mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses, Dr. Florian Herrmann, und weiteren MdL der CSU fand dann am folgenden Tag ein „Blaulicht-Frühstück“ statt, an dem zusätzlich die Landesfrauenvorsitzende Christiane Kern und der Landesjugendvorsitzende Marcel Roppel teilnahmen. Die am Vortag besprochenen Themen konnten dabei noch einmal vertieft werden. Wichtige Besprechungspunkte waren die momentanen Brennpunkte innerhalb der Bayerischen Polizei: die Beförderungproblematik PHM/Z sowie das Thema Arbeitszeit, bei der eine Arbeitsgruppe im Innenministerium derzeit versucht, das bayerische Schichtgruppenmodell mit den Arbeitszeitvorgaben der EU in Einklang zu bringen. Beide Themen wühlen derzeit die Kollegenschaft auf. Groß ist die Verunsicherung, dass neben dem Wegfall der Mindestaltersgrenze auch das altbewährte Schichtmodell keinen weiteren Bestand haben könnte. Dies hätte deutliche Auswirkungen auf viele Kolleginnen und Kollegen, was die Debatte sehr emotional macht. Die GdP berichtete sowohl dem Fraktionsvorsitzenden als auch den Innenpolitikern von der schwierigen Aufgabe der AG im StMI und machte zudem in dieser Runde deutlich, was die GdP vom Innenminister als auch von der CSU-Landtagsfraktion erwartet: Keine vorschnelle Abkehr vom bisherigen Schichtmodell, ohne die Kolleginnen und Kollegen in einen echten Entscheidungsprozess ohne Denkverbote und Zielvorgaben mit aufgenommen zu haben. Die CSU signalisierte hier Unterstützung, im Rahmen der Arbeitsgruppe einen Kompromiss zu finden, der von allen Seiten getragen wird.

Was die Beförderungproblematik betrifft, so beschrieb die GdP die weitreichende Unzufriedenheit in der Kollegenschaft, die durch den Wegfall der Mindestaltersgrenze vorherrscht. Die GdP zeigte aus ihrer Sicht den MdL nochmal verschiedene mögliche Lösungswege auf, entgegen denen der Innenminister die nun praktizierte Regelung eingeführt hat. Die GdP hat der CSU nochmal verdeutlicht, dass in ihren Augen Dienst erfahrung und Lebensalter nach wie vor eine größere Rolle einnehmen müssen.

Die nach dem Attentat in Paris genehmigten 100 Stellen für die Polizei bezeichnete die GdP als unzureichend, um die umfassenden Überwachungsmaßnahmen für potenzielle Täter zu gewährleisten. Beim Thema Vorratsdatenspeicherung tauschte man sich eingehend aus, wobei sowohl CSU als auch GdP eine zielorientierte Datenerfassung unter Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten für notwendig und richtig erachteten. Die GdP machte zudem deutlich, dass die Polizeidienststellen an der Basis hinsichtlich Personalsituation und Sachausstattung nicht vergessen werden dürfen.

Eine Petition wegen der auch von der GdP abgelehnten Trennung von Dienst- und Fachaufsicht bei der Wasserschutzpolizei wurde kürzlich im Innenausschuss abgelehnt. Dies wurde uns unter Hinweis auf gut informierte Kreise innerhalb der Polizei mitgeteilt. Unseren Bemühungen, die letztes Jahr in einer WSP-Fachtagung auf dem Brombachsee gipfelten, werden weitere Gespräche folgen.

Die GdP-Landesfrauenvorsitzende Christiane Kern berichtete MdL Dr. Herrmann von der Situation der Frauen in der Bayerischen Polizei, wobei sie konkret auf das Thema geschlechterspezifische Beurteilung hinwies, das bereits im Innenausschuss thematisiert wurde. Eine Studie belegt, dass Frauen bei gleicher Eignung tendenziell schlechter beurteilt werden als Männer. Hier gilt es, entschlossen entgegenzutreten und insbesondere Führungskräfte hinsichtlich ihrer Verantwortung zu sensibilisieren.

Zur Erfüllung ihrer originären Aufgaben sei eine generelle Entbindung der Gleichstellungsbeauftragten von ihren ursprünglichen Tätigkeiten unerlässlich. Das Gleichstellungsgesetz lasse hier viel Interpretationsspielraum zu. Christiane Kern bat Dr. Herrmann, sich dafür einzusetzen, dass der Ermessensspielraum hier zugunsten derjenigen Kolleginnen und Kollegen voll ausgeschöpft werde, die bereit sind, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen.

Als Resümee lässt sich feststellen, dass kontinuierliche Gespräche mit allen Fraktionen unerlässlich sind, um Fehlinterpretationen zu vermeiden und zur Aufklärung gewisser Sachverhalte beizutragen. Im konkreten Fall hatten wir durchaus den Eindruck, dass man Verständnis für die Anliegen unserer Polizei hat. **MWi/TB**

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe April 2015 ist am 10. März 2015. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Thomas Bentele
Hansastr. 17
80686 München
Telefon (01 51) 58 54 47 04
E-Mail: redaktion@gdpbayern.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X



AUS DEM LANDESBEZIRK

Was wird aus uns?

Der Doppelhaushalt 2015/2016 ist veröffentlicht und nach näherer Betrachtung stellt sich wieder einmal die Frage für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Bayerischen Polizei: Was wird aus uns?

Die Polizei sorgt für Sicherheit. Durch die Uniform, egal nun welcher Farbe, ist dem Polizeivollzugsbeamten die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit sicher. Der Bürger fühlt sich geschützt.

Nun steckt aber weitaus mehr als nur die Uniform in dem Gesamtpaket Polizei.

Wie jede Firma muss auch die Polizei verwaltet werden. Und dazu benötigt man Menschen, die diese Arbeit bewerkstelligen.

Durch Tarifvertrag ist geregelt, was für eine Arbeit der Tarifbeschäftigte wie zu bewältigen hat.

Jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin hat einen Arbeitsplatz inne, der einer Beschreibung bedarf. Darin wird aufgeführt, was und wie viel zu tun ist. Nun kann nicht jede einzelne Tätigkeit genau beschrieben werden und somit fasst man Tätigkeiten und Handlungen zusammen, führt sie prozentual auf und somit hat man eine Arbeitsplatzbeschreibung, die die Grundlage jeder Eingruppierung ist.

Aber was entscheidet dann letztlich über die Eingruppierung? Die Schwierigkeit der Aufgaben, die Qualität der auszuführenden Tätigkeiten?

Einzig und allein der Stellenplan?!

Wenn man meint, man bewältige Aufgaben, die über die jetzige Arbeitsplatzbeschreibung hinausgehen, so heißt das noch lange nicht, dass dem auch so ist. Das Eingruppierungsrecht lässt sich wie Kaugummi in jede erdenkliche Richtung ziehen. Und so hat immer der mit den besseren Argumenten recht. Und das ist der, der bezahlt oder besser gesagt: nicht bezahlt.

Und sollte jemand eine höhere Eingruppierung zu recht beanspruchen können, fehlt die benötigte Stelle und somit schließt sich der Kreis.

Im Stellenplan!

Den Stellen der Bayerischen Polizeibeamten von 37 485,06 stehen

4928,82 Arbeitnehmerstellen gegenüber. Jede Beamtenplanstelle wird also von ca. 0,13 Arbeitnehmer/-innen-Stellen unterstützt.

Denn dafür wären wir eigentlich da. Unsere Aufgabe ist es, die Innere Sicherheit im Hintergrund zu stärken, den Verwaltungsapparat am Laufen zu halten und dem Polizeivollzugsdienst den Rücken zu stärken.

Die Zeichen der Wertschätzung im Stellenplan:

134 Hebungen im Doppelhaushalt 2013/2014

41 Hebungen im Doppelhaushalt 2015/2016

Wann finden wir Gehör?

Wenn der Polizist nicht mehr in ein sauberes und instandgehaltenes Dienstfahrzeug steigen kann oder der Schriftverkehr sich in jeder Dienststelle in kürzester Zeit bis zur Decke türmt?

Uns nach guter Arbeit auf die Schulter zu klopfen, reicht nicht, um unsere Familien zu ernähren. Um vernünftig arbeiten zu können, werden mehr Stellen und deutlich mehr Hebungen im Arbeitnehmerbereich benötigt.

Zeigt euch solidarisch mit eurer Unterschrift

Beteiligt euch an der Aktion der GdP: Stopp dem Stellenabbau



Karin Peintinger und Andreas Grandl

5000 Beamte warten auf Anerkennung und Motivation durch den Staat!



Die oberpfälzische Landtagsabgeordnete Annette Karl (SPD) beklagt, dass die Beförderungssituation bei der Polizei in Bayern seit Jahrzehnten nicht so schlecht gewesen ist wie zurzeit. Bei ihren Dienststellenbesuchen bekommt sie die schlechte Stimmung auf den Polizeidienststellen hautnah mit. Zurzeit warten in der 2. Qualifikationsebene, also im mittleren Dienst, weit über 5000 Polizeibeamte in Bayern auf ihre ausstehende Beförderung.

Allein in der Oberpfalz sind 422 Beamte betroffen. „Viele von ihnen haben keine Chance mehr, vor ihrer Ruhestandsversetzung noch befördert zu werden“, kritisiert die Parlamentarierin. Davon betroffen sind auch viele der Leistungsträger auf den Dienststellen in der Nordoberpfalz, die sich an sie gewandt haben. Auch im gehobenen Dienst, der jetzigen 3. Qualifikationsebene, wächst die Unzufriedenheit. Über 1000 Beamte können wegen fehlender Dienstposten nicht nach A 12 befördert werden.

„Die Aufgaben für die Polizei nehmen ständig zu, die Herausforderungen werden größer, aber man gesteht den Beamten ihre Beförderungen nicht zu“, beklagt die Abgeordnete und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Karl. „Da braucht man sich nicht wundern, wenn die Motivation in den Keller geht. Offensichtlich will die Staatsregierung dieses Problem aussitzen, denn der Beförderungsstau hat sich durch die aktuelle Rechtsprechung bereits seit Langem abgezeichnet.“

In einer schriftlichen Anfrage an die Staatsregierung will die Abgeordnete jetzt genaue Auskunft haben, welche Maßnahmen geplant sind.



HERZLICH WILLKOMMEN!

DIE GdP BEGRÜSST DIE NEUEN!

www.gdpbayern.de



Helmut Bahr



Clemens Murr



Ralph Küttenbaum

Bepo Würzburg



Werner Höcht

Bepo Eichstätt



Manfred Schmid

Bepo Königsbrunn



Manfred Butz

Bepo Sulzbach-Rosenberg

▶ Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir freuen uns, Sie als neue Angehörige der Bayerischen Polizei begrüßen zu dürfen!

Sie wurden zum 1. März 2015 in den Standorten der Bereitschaftspolizei Würzburg, Eichstätt, Königsbrunn und Sulzbach-Rosenberg eingestellt. Die GdP heißt Sie als große und starke Solidargemeinschaft willkommen.

Täglich setzen wir uns bei politisch Verantwortlichen für optimale Arbeitsbedingungen, berufliches Fortkommen und allgemeine Berufszufriedenheit ein. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten wir einen konkreten Beitrag, das Bild der Polizei nachhaltig positiv darzustellen.

Für die Neueinsteiger bei der Bayerischen Polizei ist die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei der richtige Ansprechpartner. Der GdP-Landesvorsitzende Helmut Bahr, Personalratsvorsitzender bei der Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau, und der Vorsitzende der BG Bereitschaftspolizei, Clemens Murr, sowie die hier vorgestellten Vertrauensleute vor Ort werden Fragen jedweder Art gerne beantworten und Ihnen jederzeit nähere Informationen zur Arbeit der Personalräte und der GdP zukommen lassen. Auch wenn Sie sich gemeinsam mit uns aktiv in der GdP engagieren möchten, sind diese vor Ort Ihre Ansprechpartner. Selbstverständlich können Sie sich auch telefonisch oder per Mail an unsere Landesgeschäftsstelle wenden (Näheres siehe auf <http://www.gdpbayern.de>).

Wir wünschen Ihnen für Ihre berufliche und private Zukunft alles Gute.

In gewerkschaftlicher Verbundenheit

Helmut Bahr
Landesvorsitzender

Clemens Murr
Vors. BG Bereitschaftspolizei

Wir lieben Service!
www.gdp-servicegmbh.de



GdP Service GmbH



USK-Kräfte der Bereitschaftspolizei bei Dr. Herrmann im Bayerischen Landtag

Zu einem Meinungsaustausch besuchten kürzlich USK-Kräfte der BePo-Abteilungen Dachau, Nürnberg und Würzburg den Vorsitzenden des Innenausschusses im Bayerischen Landtag, Dr. Florian Herrmann. Engagiert berichteten sie ihm und einigen seiner CSU-Kollegen von ihrem schwierigen und nicht immer vorhersehbaren Arbeitsalltag. Für die GdP nahmen außerdem Ralph Küttenbaum von der KG Bepo Würzburg, Landesredakteur Tom Bentele und Markus Wimmer von der GdP-Landesgeschäftsstelle an dem Treffen teil.

Nach kurzen einleitenden Erläuterungen der jeweiligen Kommandoführer diskutierten die etwa 25 USK-Kräfte darüber, wie die Politik sich konkret für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen könne.

Der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei, Clemens Murr, seit letzten November auch Mitglied des GdP-Bundesvorstands, machte sich dafür stark, im Rahmen der derzeitigen und unmittelbar bevorstehenden Verwirklichung der Neukonzeption der Einsatz- und Schutzbekleidung der übrigen BePo-Einheiten in Bayern, auch die Einsatz- und Schutzausstattung der USK-Einheiten umgehend zu modernisieren. „Das Geld ist da!“ erwiderte der ebenfalls anwesende CSU-Sprecher für Polizeifragen, Manfred Ländner.

Die Angehörigen der Kommandos erzählten, dass mit den derzeit monatlichen Demonstrationen in Leipzig oder Dresden und den nun wieder startenden Fußballwochenenden kaum ein Wochenende planbar bleibt. Die einzige planbare freie Zeit sei für die Kollegen ihr Urlaub, was ein ausgefülltes Sozial- und Familienleben sehr schwer macht. Hier müssten dringend die Rahmenbedingungen verbessert werden, um nach wie vor die besten Kräfte zu den Kommandos zu lotsen. Dies bereite unter den derzeitigen Umständen durchaus Kopfzerbrechen.

Die Kollegen berichteten weiterhin, dass sie als speziell ausgebildete Zugriffseinheiten und damit quasi polizeiinterne „Feuerwehr“ stets im besonders kritischen Auge der Öff-

entlichkeit stünden, was zur Verunsicherung vieler Kollegen führe. Vorschneelle Gegenanzeigen des polizeilichen Gegenübers und nicht immer objektive Berichterstattung der Medien machen die ohnehin konfliktreiche Tätigkeit nicht leichter. Von der Politik erhoffe man sich hier öfter als bisher klare Rückendeckung bei Gewalt gegen Polizeibeamte und eine klare Distanzierung von Vorverurteilungen bei entsprechend kritischen Einsätzen.

Clemens Murr, auch für die Bereitschaftspolizeien aller Länder und der Bundespolizei verantwortliches Bundesvorstandsmitglied der GdP, sprach ein weiteres, nicht nur, aber auch die USK betreffendes akutes Problem an: „Die finanziellen Zuwendungen an die Bereitschaftspolizei durch den Bund sind völlig unzureichend!“ Bei einem Etat von knapp über 12 Mio. € für die Bereitschaftspolizeien in der gesamten Republik bei gleichzeitiger Verwendung etwa der Hälfte dieser Summe für die Neubeschaffung von Wasserwerfern bleibt für die dringend benötigte Sachausstattung, beispielsweise für Halbgruppenfahrzeuge, kaum Luft. Die Länder müssen hier finanzielle Löcher stopfen, die aufgrund vertraglicher Verpflichtungen gar nicht existieren dürften.

Dr. Herrmann bedankte sich ausdrücklich bei der GdP für die Berichte der USK-Kräfte und sicherte seine Unterstützung bei den Forderungen der GdP hinsichtlich der Schutzausstattung zu.

Übrigens: Durch eine schriftliche Initiative der Bayerischen GdP vom 20. 8. 2014 konnte erreicht werden, dass sich Bayern politisch dafür einsetzt, den Bund bei der Ausstattung der Bereitschaftspolizeien weiterhin in die Pflicht zu nehmen.

Minister Herrmann im Antwortschreiben vom 7. 10. 2014 an die GdP:

„... Ich stimme mit Ihnen überein, dass die Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland und auch des Freistaates Bayern sind. Nur mit gut qualifizierten und entsprechend ausgestatteten Bereit-

schaftspolizeien kann die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gerade bei Großveranstaltungen gewährleistet werden...“

„Zusammen mit meinen Länderkollegen haben wir ... eine Arbeitsgruppe auf Ebene der Staatssekretäre eingerichtet, die gerade auch die Thematik der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien durch den Bund erörtern ... soll. Bereits daran können Sie ersehen, welchen wichtigen Stellenwert diese Finanzierungs-/Ausstattungsproblematik bei uns einnimmt.“

Ich kann Ihnen versichern, dass wir nichts unversucht lassen, um den Bund auch weiterhin hinsichtlich der Ausstattung der Bereitschaftspolizeien in die Pflicht zu nehmen.“

Herr Minister, wir nehmen Sie beim Wort!

Clemens Murr,
Vorsitzender BG Bereitschaftspolizei



Erstes Eltern-Kind-Büro Bayerns bei der PI Ansbach



V. l. n. r.: Stellv. BG-Vorsitzender Helmut Frey, Dienststellenleiter PD Heinz Prießmann, KG-Vorsitzender Ludwig Hasenmüller, PHKin Daniela Döbel

Am 15. 12. 2014, nach knapp fünf Monaten Vorbereitungszeit, war es endlich so weit: Herr PP Johann Rast übergab das bayernweit erste Eltern-Kind-Büro (EKB) offiziell seiner Bestimmung. Mit der Einrichtung des EKB bei der Polizeiinspektion Ansbach beschreitet die Bayerische Polizei einen völlig neuen Weg.

Der Hintergrund: Es sind Schulferien, die Kindertagesstätte hat geschlossen oder die Betreuungsperson, die sich während der Arbeitszeit um den Nachwuchs kümmern sollte, fällt aus irgendeinem Grund aus. Oder: Das Kind kränkelt leicht, ein Besuch der KiTa oder der Schule ist nicht möglich. Bislang stellen sich hier die Eltern die Frage: Wer bleibt nun zu Hause und übernimmt die Betreuung des Nachwuchses?

Nach Zustimmung durch die Behördenleitung begannen dann im Juli 2014 gemeinsam mit der PI Ansbach die konkreten Planungen zur Umsetzung eines Pilotbetriebes. Ziel war es, ein Büro zu schaffen, das es erlaubt, die vorhandene Sachbearbeitung zu erledigen und gleichzeitig den Nachwuchs zu betreuen. Als örtliche Ansprechpartnerin unserer Gleichstellungsbeauftragten im PP Mittelfranken, Kollegin Marquardt, konnte ich aktiv vor Ort die Entstehung des Büros mitgestalten.

Neben dem PP Mittelfranken unterstützt im besonderen die GdP die Einrichtung des Büros mit finanziellen Mitteln – so konnte ein Raum geschaffen werden, in dem sich die Kinder sicherlich sehr wohlfühlen können und der/die Kollege/-in trotz-

Um diesem Problem zukünftig begegnen zu können, machte sich die Arbeitsgruppe „Familie und Beruf“ des PP Mittelfranken Gedanken – mit dem Ergebnis, erstmalig bei der Bayerischen Polizei ein Eltern-Kind-Büro einzurichten und die PI Ansbach aufgrund ihrer Personalstruktur als Pilotdienststelle zu benennen.

dem möglichst effektiv arbeiten kann. Das EKB ist als vollwertiger Arbeitsplatz ausgestattet und kindgerecht eingerichtet, so kann der/die Nutzer/-in dringende dienstliche Aufgaben wie z. B. Sachbearbeitung an Computer und Telefon oder büromäßige Abklärungen erledigen, während das Kind die vorhandenen Spiel- oder auch Ruhemöglichkeiten in Anspruch nimmt. Eine Nutzung zu Vernehmungszwecken ist nicht vorgesehen, da Dritte aus Eigensicherungsgründen keinen Zugang zum EKB haben. Der Raum darf ausschließlich von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten und deren eigenen bzw. im Haushalt lebenden Kindern, für deren Betreuung sie verantwortlich sind, genutzt werden. Es steht übrigens auch allen Beschäftigten der Kriminalpolizei sowie der Verkehrspolizeiinspektion Ansbach zur Verfügung.

Eine Altersbeschränkung ist derzeit nicht vorgesehen. Da das Büro als Notlösung für einen plötzlich auftretenden Betreuungsengpass gedacht ist, dient es nicht einer dauerhaften oder längerfristig geplanten Nutzung.

Die Einrichtung dieses besonderen Büros ist ein weiterer Schritt im Hinblick auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hat hoffentlich Signalwirkung für die gesamte Bayerische Polizei. Wie gut das Büro angenommen wird, kann sich nun im Laufe des Jahres zeigen.

Daniela Döbel,
Frauengruppe der GdP
KG Ansbach/Heilsbronn

Münchner Seniorentreff: Neuer Ort „Zwingereck“

Das bisherige Lokal „Rhaetenhaus“ steht wegen Renovierung auf längere Zeit nicht zur Verfügung. Die monatlichen Treffs der Senioren jeweils am **ersten Dienstag** des Monats finden deshalb im „Zwingereck“, einer traditionellen Münchner Augustiner-Gaststätte, Rumfordstraße 35, Nähe **Isartor** (S/W) statt und beginnen jetzt um **14 Uhr**. Neben einer aktuellen Viertelstunde und dem Plausch unter Kollegen finden meist auch 1 bis 2 Schafkopff-Partien statt.

Gäste sind herzlich willkommen.

Öffentlich erreichbar mit:
S-Bahn S1, S2, S4 – S8 | Tram, Linien 16, 17, 18 | Bus, Linie 131

Werner Brandl – Seniorenbeisitzer BG München



Unsere Neuwagen-Sonderaktion für GdP-Mitglieder



GdP Service GmbH

Wir lieben Service!

**Aktionszins
ab 1,99% effektiv p. a.**



BMW 114i 3-Türer

Unser Bar-Aktionspreis¹⁾: 16.850,- €

Finanzierungsangebot²⁾ (1,99 % p.a. effektiv)

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zu Tagespreisen möglich): **999,- €**

Zielrate: **13.389,50 €**

23 monatliche Finanzierungsraten à: ab 99,- €

Kraftstoffverbrauch innerorts: 7,1 l/100 km, außerorts: 4,5 l/100 km, kombiniert: 5,5 l/100 km, CO₂-Emission kombiniert: 127 g/km, Effizienzklasse: B



BMW X1 sDrive18i – Kurzzulassung

Unser Bar-Aktionspreis¹⁾: 21.690,- €

(Kurzzulassung 11/2014, 100 km)

Finanzierungsangebot²⁾ (3,99 % p.a. effektiv)

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zu Tagespreisen möglich): **3.599,- €**

Zielrate: **15.961,- €**

23 monatliche Finanzierungsraten à: ab 111,- €

Kraftstoffverbrauch innerorts: 10,4 l/100 km, außerorts: 6,2 l/100 km, kombiniert: 7,7 l/100 km, CO₂-Emission kombiniert: 180 g/km, Effizienzklasse: E



Mini One First Edition 3-Türer

Unser Bar-Aktionspreis¹⁾: 14.790,- €

Finanzierungsangebot²⁾ (1,99 % p.a. effektiv)

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zu Tagespreisen möglich): **999,- €**

Zielrate: **9.840,- €**

23 monatliche Finanzierungsraten à: ab 159,- €

Kraftstoffverbrauch innerorts: 6,4 l/100 km, außerorts 4,2 l/100 km, kombiniert 5,0 l/100 km, CO₂-Emission kombiniert: 117 g/km, Effizienzklasse: C

In Zusammenarbeit mit BMW Rhein, einem der größten BMW-Händler in Deutschland, können wir unseren GdP-Mitgliedern im Rahmen einer Sonderaktion – solange der Vorrat reicht – drei Modelle zu Spitzenkonditionen anbieten.

Zusätzlich erhalten GdP-Mitglieder ein kostenloses Starterpaket. Dieses beinhaltet:

- Zulassung des Neufahrzeugs inkl. Wunschkennzeichen kostenlos (statt 119 €)
- Warnweste im Fahrzeug kostenlos (statt 10 €)
- Tank voll bei Auslieferung (ca. 65 – 80 €)

Weitere Infos:

**Herr Dominik Groll, Tel. 09 31 / 27 885 - 885
dominik.groll@rhein-wuerzburg.de**

**Gültig bei Auslieferung
bis 30.03.2015!**



**Weitere Modelle zu
GdP-Konditionen auf Anfrage!
Künftige Sonderaktionen:
www.gdpservicegmbh.de**

1) Inkl. Bereitstellungskosten in Höhe von 820,- € (BMW) bzw. 750,- € (MINI).

2) Gewerbliches Finanzierungsangebot der BMW Bank GmbH, Heidemannstr. 164, 80939 München, Stand 01/2015. Gültig bei Abschluss und Kundenzulassung bis 30.12.2014 und solange Vorrat reicht. Zzgl. Bereitstellungskosten in Höhe von 820,- € (BMW) bzw. 750,- € (MINI). Druckfehler, Irrtümer und Änderungen vorbehalten.

GdP-Senioren-Familien-Treffen 2014 „im Grünen“



Die „Bayerischen Senioren“ gingen im September auf ihre jährliche Sommerreise, Oberfrankens Bayreuth war das „Navi-Ziel“, jeder fand es auf seine Weise. „Herzlich willkommen“ stand groß am Richard-Wagner-Festspielhaus – das Veranstalterpaar schenkte stilgerecht „Sekt und Selters“ aus.

Bei lachender Sonne ging's weiter zum Brunch – hoch über der Stadt, ein Festmenü gab's im „Bürgerreuth“ gleich zum Anfang: „Spießbraten satt!“ Das ARVENA-Kongress-Hotel war unser nächster Treff und es bot:

hen vergessen. Am zweiten Tag dann volles Programm: eine „Kultur-Bier-Tour“ – die hatte es in sich: Stadtführung, „Brodwörschd“, Kellerbier, Leberkäs – und keine Portion war dabei winzig.

Der Ausklang war herrlich: In einem „Bier-Keller“ – das war auf der Terrasse, deftige Brotzeit, dunkles Bier, vollmundiger Wein: „Im Abgang waren wir Klasse!“ Ein opulentes Frühstücksbüfett „Oberfranken“ gab uns am dritten Tag viel Kraft, die Tafel war überreichlich gedeckt – von Obst über Lachs bis hin zum Saft.

„Luxus pur!“ Wir waren alle gespannt auf: Genuss, Bier, Parks und natürlich – Kultur!

Die gab's bereits am Abend – in der Kulturgaststätte „Oskar“ – zum festlichen Essen: zünftige Schmankerl und süffiges Bier – fast hätten wir alle das Heimge-

Zum krönenden Abschluss fuhren wir hinaus ins Grüne – in die „Eremitage“, gestärkt und fröhlich gelaunt – bei herrlichem Sonnenschein – die ganze „Bagage“: Schlösser, Lustwandeln im Park, französischer Stil – das war wohl „das Barock“. Wir genossen es etwas anders: Mit Sonnenbrille, kurzem Hemd – oder Bluse mit Rock.

„Bayreuth, ade!“ mit deinen herrlichen Parks, Adeligen, Künstlern und Kultur ... Wir schafften dies alles: im Hotel, in den Kellern und in den Kneipen – mit Bravour! „Man gönnt sich ja sonst nichts!“ war unser aller Wahlspruch zum Schluss: Speis' und Trank, Wetter und Leut' – es war einfach alles rundum: „Ein Genuss!“

Die nächste Sommerreise kommt bald – der Veranstalter hatte gefragt: „Wohin 2015?“ Die Mehrheit hatte – zur Überraschung – einfach „Bamberg“ gesagt! Nun ist es bestimmt – in meine Heimatstadt –, ich glaubte zuerst noch an einen Witz. Dann soll es so sein – 2015 – drei Tage im September, also dann – bis **dahin** ...
... der „Alte Fritz“

Von Friedrich Leicht

